

II-2293 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1178/J

Anfrage

1977-05-12

der Abgeordneten Dr. FEURSTEIN, Dr. HAFNER
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betrifft die Sicherheit des Kindes

Die Sicherheit des Kindes ist in mehrfacher Hinsicht gefährdet. Am auffälligsten ist die große Zahl von verletzten Kindern bei Straßenverkehrsunfällen. Im Jahre 1975 wurden 7.387 Kinder verletzt. Auf die Schulwegunfälle entfällt davon ein relativ kleiner Prozentsatz.

In Presseberichten wird immer wieder von Verbrechen berichtet, deren Opfer Kinder waren. Exakte statistische Unterlagen stehen dazu leider nicht zur Verfügung. Die amtliche Statistik behandelt nur die Täter, nicht aber die Opfer von Verbrechen. Das hat zur Folge, daß auch für die Sicherheit des Kindes außerhalb des Straßenverkehrs bisher keine wirksamen Maßnahmen gesetzt werden konnten.

Aus diesem Grunde richten die unterfertigten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres folgende

Anfrage:

- 2 -

finanzielle Zuwendungen genannt. Wenn auch unbestritten ist, daß eine Diskrepanz zwischen dem ursprünglichen Kinderwunsch und der Zahl der tatsächlich in einer Ehe geborenen Kinder auch auf materielle Ursachen zurückzuführen ist, so können derartige Maßnahmen das Problem nicht lösen. Es ist eine viel grundsätzlichere Veränderung der Haltung gegenüber dem Kind und dessen Stellung in der Gesellschaft erforderlich.

Es mag in diesem Zusammenhang bezeichnend sein, daß sich in der Regierungserklärung vom 5.11.1975 zu dieser Problematik keine Aussagen befinden. Es wird lediglich darauf hingewiesen, daß beabsichtigt ist, jedes Kind möglichst im gleichen Maße zu fördern. Nebenbei ist zu bemerken, daß durch diesen falsch verstandenen Gleichheitsgrundsatz Kinder von kinderreichen Familien auch finanziell benachteiligt werden.

Die UNO hat nun angekündigt, das Jahr 1979 zum "Jahr des Kindes" zu erklären. Darin äußert sich die große Sorge, daß das Kind in unserer Gesellschaft zu einem bloßen Anhängsel werden könnte. Die Katholische Jungschar Österreichs hat in ihrer jüngsten Erklärung vom 4.4.1977 gefordert, über die Situation des Kindes in Österreich einen eigenen Bericht zu erstellen. Dahinter steht die gleiche Sorge, weil der Stellenwert des Kindes in der heutigen Zeit stark gesunken ist.

Die gefertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :